

Berliner Tageblatt



Nr. 105

und Handels-Zeitung

Mittwoch, 3. März 1926

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

Englands Richtlinien für Genf.

Chamberlains Einleiten.

Das Kabinett für den Außenminister. — Die englische Kompromisspolitik. — Reise Primo de Rivera nach Genf?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 3. März.

Während der allgemeine Ansturm gegen Chamberlain nach wie vor andauert, macht sich jetzt das Bestreben, einen Ausweg aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten zu finden, mit erhöhter Deutlichkeit bemerkbar. Die Sorge nach einer Kompromisslösung beherrscht jetzt die Lage. In dieser Beziehung herrscht heute den dem Außenminister nahestehenden Kreisen eine größere Hoffnungsfreudigkeit, als während der letzten Tage. Ueber die Art des Kompromisses sind verschiedenartige Gerüchte im Umlauf. Offiziell wurde, wie schon gemeldet, der Vorschlag lanciert, daß Deutschland in der nächsten Woche einen ständigen Ratssitz erhält und daß alle übrigen Anträge auf ähnliche Ratssitze zur Prüfung an einen Ausschuss verwiesen werden, der dann im September der Völkerbundversammlung Bericht zu erstatten hat. Auch das alte Rotationsystem, demzufolge nichtständige Ratssitzglieder der Reihe nach zurücktreten sollen, um hiermit Platz für die Mitglieder, in diesem Falle für Polen, zu schaffen, wird ebenfalls vorgeschlagen. Bisher war es Spanien, das gegen diesen in Belgien flammenden Vorschlag Widerstand erhob. Auch hiesigen Völkerbundstreifen beginnt man sich jetzt mit in Gedanken zu befremden, Polen mit einem nicht ständigen Ratssitz abzufinden. Was Chamberlain selbst angeht, so scheint er sich jetzt endlich klar zu sein, daß er nicht mit in Kopf durch die Wand kann und der öffentlichen Meinung Englands Rechnung tragen muß, wenn er noch den Rest seines schwer erlitterten Ansehens in England retten und es vermeiden will, daß seine bisherige Politik noch einmal einer großen Parlamentsdebatte ausgesetzt wird. Hierdurch scheint der Widerstand, den Chamberlain im gegenwärtigen Kabinett gefunden hat, fester zu sein, als anfangs angenommen wurde. Als Anzeichen für ein Einleiten Chamberlains wird auch die Neuter-Meldung über die offiziellen Kompromisspläne aufgefaßt.

Mit großer Spannung sieht man hier dem heutigen Kabinettsrat entgegen, dem die letzte Entscheidung über ein Engagement in Genf zu verhängender Politik zuzustimmen. Der diplomatische Korrespondent der „Daily News“, der sich für die Entscheidung des Kabinetts erst beknüpfen möchte, ist natürlich keineswegs, daß man dem Außenminister die Hand lassen werde, was bisher wiederholt erbeten habe. Ueberdies scheint sich aber das Kabinett überzeugt zu haben, daß es sich nicht verhängnisvoll sein würde, wenn die Entscheidung für Genf bejaht werden würde. Eine bloße Erklärung, aufstehen Chamberlain Instruktionen empfangen habe, müßte natürlich als eine Andeutung dafür angesehen werden, daß man ihm nahegelegt habe, gegen den polnischen Anspruch zu tunen. Es sei also anzunehmen, daß Chamberlain mit gewissen, ihm im Kabinett vorgeschriebenen allgemeinen Richtlinien nach sich gehen werde, wobei man ihm natürlich aber noch genügend Bewegungsfreiheit lassen werde, um ein Kompromiß, in sich die Gelegenheit dazu bietet, zustande zu bringen.

Der Korrespondent der „Daily News“ in Madrid erzählt von gut-erachter Seite, daß General Primo de Rivera den spanischen Völkerbundsdelegationen nach Genf begleiten werde. Auch in hiesigen gutunterrichteten Kreisen, wo man den Anspruch Spaniens auf einen ständigen Ratssitz für den entscheidenden Faktor der ganzen Sache betrachtet, hält man es für „herausdrücklich wahrscheinlich“, daß Primo de Rivera nach Genf geht. Der diplomatische Korrespondent des „Evening Standard“ teilt mit, daß die Aufnahme Deutschlands als ständiges Ratsmitglied erster Punkt der Völkerbundsagenda, also vor der Saarlage, behandelt werden wird.

Britisch United Press veröffentlicht ein Interview mit Dr. Erich Koch, dem Führer der Deutschen demokratischen Partei. Dieser erklärte, daß Deutschland dem Völkerbunde beitreten müsse, um jene Freiheit der Gleichberechtigung unter den Nationen wiederzugewinnen, es durch den Versailler Vertrag verloren habe. Ein anderer Weg, Freiheit wiederzugewinnen, sehe Deutschland nicht offen. Deutschland müsse dem Völkerbund auch beitreten, um die höchsten Rechte der deutschen und der anderen nationalen Völkerheiten zu schützen. Die Beilegung dieses Problems sei so wichtig, als es die Klärung einer endlosen Reihe von Verfehlungen sei. Die einzig denkbare Lösung des Problems sei die Wahrung kultureller Autonomie. Es sei Pflicht des Völkerbundes, diese kulturelle Autonomie durch Schaffung entsprechender internationaler Rechte zu sichern. Die wichtigste Aufgabe des Völkerbundes nach seinem Eintritt aber sei, dem Völkerbund eine Brücke nach Rußland zu bauen. Der Völkerbund heute zu sehr westlich orientiert. Deutschland müsse dazu beitragen, einem weltlichen Völkerbund einen Weltvölkerbund zu machen.

Heute nachmittag wird MacDonald, der Führer der Opposition, Baldwin fragen, ob er nicht eine Erklärung hinsichtlich der Ratssitze abgeben könne. Auf der gestrigen Versammlung der Arbeiterpartei ist beschlossen worden, daß, wenn die Regierung keine friedige Antwort erteilt, von der Arbeiterpartei Donnerstag eine Befreiung beantragt werden soll. In den Kreisen der Arbeiterpartei soll man mit den Erklärungen Chamberlains vor dem parlamentarischen Völkerbundsomitee außerordentlich unzufrieden sein. Man betrachtet dort die Erklärungen des Premierministers als eine Ver-

stärkung dafür, daß Chamberlain bereit sei, auch die Aufnahme anderer Staaten in den Völkerbundsrat zu befürworten. Jedenfalls deutet alles darauf hin, daß sich die Arbeiterpartei ohne eine Debatte wohl kaum zufrieden geben wird. Falls es zu dieser kommen sollte, so wird wahrscheinlich von MacDonald der Antrag gestellt werden, daß das Unterhaus das Aufnahmegebet Deutschlands in den Völkerbund begrüßt und in Übereinstimmung mit dem Locarno-Liebereinkommen die Verleihung eines ständigen Sitzes an Deutschland unterstützt. Das Unterhaus aber sei der Meinung, daß eine gleichzeitige Vermehrung der ständigen Ratsitze als eine Abweichung vom Locarno-Liebereinkommen betrachtet werden müsse und daher nicht von der britischen Regierung unterstützt werden könne.

Die englische Kabinettsitzung.

(Meldung der Funktionäre Rudolf Mosse-Haus.)

London, 3. März.

Der amtliche englische Funkpruch meldet: Es ist anzunehmen, daß sich das Kabinett in seiner heutigen Morgen-sitzung auch mit den Gegenständen beschäftigt hat, die bei den Völkerbundssitzungen der nächsten Woche in Genf zur Sprache kommen, und besonders mit der künftigen Zusammenfassung des Völkerbundsrates. Eine Mitteilung des Premierministers über diese Frage im Unterhaus wird heute abend oder morgen stattfinden. Man macht in einzelnen Kreisen darauf aufmerksam, daß das Interesse bisher zu ausschließlich auf die Punkte gerichtet war, über die noch Meinungsverschiedenheiten schweben. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß bei der Locarno-Konferenz, wo es zuerst ebenfalls große Unterschiede in den Ansichten gab, die Methode gewählt wurde, zuerst zu einer Verständigung über die weniger strittigen Punkte zu kommen und von dieser Grundlage aus die noch bestehenden Streitfragen in Angriff zu nehmen. Man meint hier, daß die Anwendung derselben Methode in Genf ebenso zu einer Verständigung führen könnte.

Die Vorbereitungen in Genf.

Die Abreise der deutschen Delegation nach Genf steht, wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, noch nicht genau fest. Sie hängt davon ab, wann und in welcher Form die Besprechung zwischen Briand, Chamberlain, Vandervelde, Luther, Stresemann verabredet wird. Aller Voraussicht nach wird der nächste Sonntag zu diesen Vorbereitungen, die endgültig die Frage der Vermehrung der Ratssitze des Völkerbundes klären sollen, dienen. Ueber die Zusammenfassung der deutschen Völkerbundsdelegation hat das Kabinett bis jetzt noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt. Man nimmt an, daß die Reichsregierung in der für heute nachmittag aussergehenden Kabinettsitzung ihre endgültige Entscheidung darüber treffen wird. Nebenfalls wird die Delegation nicht mehr als 12 bis 15 Personen umfassen, da das technische Personal vom Generalkonsulat in Genf und vom Konsulat in Bern zur Verfügung gestellt ist.

Der Eindruck der Kanzlerrede in Paris.

Rintschitschs Besuch bei Briand.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 3. März.

Die Rede des Kanzlers Luther in Hamburg hat in Paris einen guten Eindruck gemacht. Mehrere Zeitungen loben die Mäßigung und Ruhe des Tones, die sich nach der Meinung des „Petit Parisien“ von den heftigen Angriffen der deutschen Presse wohlwollend unterscheidet. Ueber die Erklärungen Briands über die Erweiterung des Rates wird wenig gesagt, es scheint, daß die Worte des Ministerpräsidenten den Vertretern der polnischen Kandidatur nicht entscheidend genug gewesen sind. Im allgemeinen besteht der Eindruck, daß der Streit um die Ratssitze mit einem Kompromiß enden wird. Deutschland wird zuerst allein aufgenommen werden, dann wird eine Kommission gewählt werden, die sofort die anderen Kandidaturen prüfen soll. Spielregeln im September werden dann Spanien und Polen die gewünschten Sitze erhalten, Polen zunächst wahrscheinlich nur provisorisch. Es wäre allerdings verhängnisvoll, diese Art der Lösung bereits als feststehend zu betrachten. Bis zum Sonntag kann sich noch manches ändern. Der serbische Außenminister Rintschitsch, der erst heute in Paris eintrifft, weil er einen Tag bei seiner Familie in Montreux geblieben ist, wird Briand einiges Interessantes von Mussolini zu erzählen haben, und man weiß noch nicht, wie Briand auf das stürmische Liebeswerben des Duce reagieren wird.

Die Unterredung Briands mit Rintschitsch wird für Donnerstag angekündigt. Briand will am Sonntag in Genf eintrifft, voraussichtlich mit dem gleichen Zuge wie Chamberlain und Stresemann. In Gesellschaft Briands wird der zweite Delegierte beim Völkerbund Paul-Boncour reisen. Der dritte Delegierte ist noch nicht öffentlich bestimmt. Es ist möglich, daß Loucheur dieser dritte Mann sein wird. Es wird aber auch von dem Senator Pams gesprochen. Die übrigen Mitglieder der französischen Delegation sind Belloc, Kabinettsdirektor Briand, Clauzel und der Sekretär der Völkerbundskonferenz Massigli. Briands Autorität ist durch die Locarno-Debatte in der Kammer erheblich gestärkt worden. Daß die Ratssitzungen der Völkerbunde mit großer Mehrheit beschlossen werden würde, war zu erwarten, aber die entscheidenden Erklärungen Briands für den Frieden haben auch auf die politischen Gegner des Ministerpräsidenten einen unbestreitbaren Eindruck gemacht.

Deutschland und der Völkerbund.

Die Hamburger Kanzlerrede.

Von

Josef Schwab.

Der gestrige Tag hat ziemlich Klarheit darüber geschaffen, in welcher Situation sich die Vertreter der hauptbeteiligten Mächte bei den Vorbereitungen, die der Genfer Völkerbundtagung unmittelbar vorausgehen sollen, gegenüberstehen werden. Er brachte eine kurze Erklärung des französischen Ministerpräsidenten in der Kammer, die ausführliche Darlegung des deutschen Standpunktes durch den Reichskanzler in Hamburg und eine hochoffizielle englische Erklärung über die Art, wie nach der Meinung des englischen Kabinetts die Streitfrage zunächst aus der Welt geschafft werden soll. Ueber die Ausichten dieses „Kompromisses“ zu urteilen, ist noch zu früh. Darüber wird sich erst urteilen lassen, wenn die Genfer Gespräche begonnen haben. Vorerst ist nur festzustellen; noch stehen die Dinge so, daß Frankreich seine Unterstützung des polnischen und des spanischen Anspruchs auf sofortige Gewährung eines ständigen Ratssitzes aufrecht erhält, wobei es praktisch ziemlich gleichgültig bleibt, daß Spanien nur vorgeschickt wurde, um die Bretsch für Polen zu schlagen. Noch stehen die Dinge so, daß Deutschland die Erfüllung dieses Anspruchs, die eine plötzliche, uns über-rumpelnde Abänderung der Voraussetzungen wäre, unter denen wir unseren Eintritt angemeldet haben, ablehnt und darin einen Verstoß gegen jede wahre Völkerbundspolitik erblickt, der das ganze Werk von Locarno zerstören müßte.

Das ist der Kernpunkt: einen Verstoß gegen wahre Völkerbundspolitik. Die Rede, die Dr. Luther gestern vor dem Hamburger Senatoren gehalten hat, wird nicht ohne Eindruck bleiben, besonders darum, weil aller Welt bekannt ist, daß fast das ganze deutsche Volk ohne Unterschied der Partei in dieser Frage hinter seiner Regierung steht. Die Erklärungen des Kanzlers unterscheiden sich in diesem Punkte sehr wesentlich von all den Äußerungen, die aus dem Munde des englischen Außenministers in der letzten Zeit über diese Frage, die ihm sehr peinlich war, zu hören waren. Dem deutschen Minister ist die Angelegenheit gar nicht peinlich. Die deutsche Regierung hat in der ganzen Streitfrage ein gutes Gewissen, und deshalb steht auch die öffentliche Meinung des Landes in solcher Geschlossenheit hinter ihr.

Was der Kanzler sagte, ist ziemlich deutlich in zwei innerlich zusammenhängende Teile geschieden, in einen negativen und einen positiven. Der negative Teil, das war die Verneinung der auch gestern noch von Briand aufgestellten Behauptung, daß keine Verletzung der Deutschland gegenüber in Locarno übernommenen Verpflichtungen vorliegen würde, wenn die französische Politik ihre Ansichten durchsetze. Die Ausführungen des Kanzlers hierüber waren bestimmt und entschieden, aber ruhig, leidenschaftlos, sachlich, fast von juristischer Rühr, überzeugend allein durch ihre zwingende Logik. Der andere, der positive Teil aber, der Deutschlands Bekenntnis zum Völkerbunde enthält und von seiner Absicht sprach, mit aller Kraft am Völkerbunde mitzuarbeiten und sich in Wahrnehmung der Völkerbundsinteressen von keinem anderen Lande abzuwenden zu lassen, gehöre zu dem Wärmsten, dem Lebendigsten, was die stärkste Äußerung einer staatsmännischen, inneren programmatischen Überzeugung, die wir je aus dem Munde des Kanzlers gehört haben. Man beachte wohl, daß seine Rede mit dem Appell an alle seine deutschen Mitbürger schloß, sich positiv auf den Boden des Völkerbundes zu stellen. Das er sagte, jetzt komme es darauf an, alle deutschen Kräfte lebendig zu machen, um im Völkerbund an Deutschlands Wohl und am Wohle der Menschheit zu arbeiten. Das wir mit aller Kraft die Leistungsfähigkeit des Bundes erhöhen und seine großen Friedensgedanken entwickeln helfen wollen. Der Kanzler war dazu berechtigt, so zu sprechen, weil die große Mehrheit des deutschen Volkes mit dieser Interpretation der Folgerungen, die wir aus den Verträgen von Locarno zu ziehen haben, einverstanden ist. Das Volk folgt ihm auf dieser Linie, weil es seine Hoffnungen teilt, daß eine solche internationale Zusammenarbeit — nicht nur in eigenen, sondern im gemeinsamen Interesse — auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des Vertrauens möglich sei.

Das Volk aber ist mit dem Kanzler der Ansicht, daß alle diese Möglichkeiten verschüttet würden, wenn die Politik, die dem Paris-Vertrag Vorstoß gegen Deutschlands Stellung im Völkerbund zugrunde liegt, zu einem Erfolg führen würde. Der Kanzler hat dankbar die Feststellung des Herrn Briand in seiner glänzenden Verteidigungsrede für die Sicherheitsverträge anerkannt, daß man in Locarno miteinander „in europäischer Sprache gesprochen“ habe und weiter in dieser Sprache miteinander sprechen wolle. Die vortrefflichen Absichten des Herrn Briand in allen Ehren, aber der Geist, von dem die durch ihn vertretenen Politik gegenüber Deutschland in diesem Augenblicke geleitet wird, ist, das muß ihm mit aller Offenheit gesagt werden, etwas entfernt von allen europäischen Gedanken. Die Sprache, die der polnische Antrag in dem Augenblicke seines Eintritts in den Völkerbund zu Deutschland spricht, ist keine europäische Sprache. Es ist nicht die Sprache des Geistes der auf Vertrauen gegründeten Völkergemeinschaft. Es ist die Sprache der Antivölkerbundspolitik. Es ist die Sprache der Politiker, die rings um die Grenzen Deutschlands noch vorhanden und am Werke sind, und deren Ziel es ist, das alte System militärischer Allianzen und machtpolitischer Entzweiung in das System des Völkerbundes hineinzubauen. Unverkennbar ist die Tendenz dieser Politik, innerhalb